

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 02.2012 23.02.2012

## Regierung wirbt um Migranten Mehr Zuwanderer sollen im öffentlichen Dienst arbeiten



**Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 7-Fachen  
Ihrer Nettozüge**

## Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### **0,- Euro Bezügekonto<sup>1)</sup>**

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und vielen weiteren attraktiven Extras!

### **+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit<sup>1)2)</sup>**

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Nettozüge

#### **Beispiel:**

Nettodarlehensbetrag 10.000,- Euro Laufzeit 12 Monate  
Sollzinssatz (veränderlich) 7,99 % p. a. **Effektiver Jahreszins 8,23 %**

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an.

### **+ 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>**

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag


### **+ DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif**

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- **Zusätzlich 200,- Euro einmalig staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)**

#### **Jetzt informieren:**

Bei Ihrem Kundenberater Öffentlicher Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 180/40 60 105  
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



Mindestens  
**40 % Rabatt**   
vom Ausgabeaufschlag bei  
100 % Garantie aller eingezahlter  
Beiträge und Zulagen zum  
Beginn der Auszahlphase für  
Beschäftigte im öffentlichen  
Dienst und deren Angehörige.

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

## Titel

Regierung wirbt um mehr Migranten im öffentlichen Dienst || 4 |

## Aus den Gewerkschaften

Zurück zur öffentlichen Hand – Fachtagung zu Chancen und Formen der Rekommunalisierung || 6 |

## Meldungen

Gewerkschaftliches Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich || 7 |

Gewerkschaften fordern Gehaltsplus von 6,5 Prozent in Tarifrunde 2012 || 7 |

## Aus den Ländern

Feuerwehrkonferenz im Nordrhein-Westfälischen Landtag spricht Probleme an || 9 |

Berlin: Integrationsministerin spricht sich für mehr kulturelle Vielfalt in der Verwaltung aus || 10 |

Niedersachsen: Mehr Bewerbungen von Migranten bei der Polizei || 11 |

Saarland: ver.di fordert von Parteien klare Aussagen zur Zukunft der Landesverwaltung || 12 |

Thüringen: DGB kritisiert Kostenerhöhung für Beamte bei der Beihilfe || 13 |

## Service

Deutscher Personalräte-Preis 2012 || 14 |

## Kommentar

Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes, Jörg Radek, stellvertretender GdP-Vorsitzender, und Martin Burkert, Vorstandsmitglied der EVG, zu den Personalratswahlen im Bund || 16 |

## Vermischtes

DGB-Veranstaltung zur Hessischen Schuldenbremse || 18 |

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehbrock; Leitender Redakteur: Matthias Schlenzka; Redaktion: Barbara Haas, Lisa Kranz, Dr. Karsten Schneider, Henriette Schwarz; Titelfoto: BMI – Hans-Joachim M. Rickel; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFOSERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2012 ist wieder einmal ein Wahljahr, ein Superwahljahr. Im Bund und in den Ländern Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden die Personalvertretungen neu gewählt. Doch angesichts der schwierigen Umstände, mit denen Personalräte im öffentlichen Dienst zu kämpfen haben, ist es nicht immer einfach, Beschäftigte zu motivieren, für die Personalvertretung zu kandidieren. Die massive Einsparpolitik im öffentlichen Dienst und der jahrelange Personalabbau stellen auch Personalräte vor große Herausforderungen. Doch dem Dienstherrn ist die Personalratsarbeit häufig nur ein Dorn im Auge. Von der Belegschaft wird ihre Arbeit oft als selbstverständliche „Dienstleistung“ angesehen. Statt Anerkennung und Bestätigung gibt es von beiden Seiten häufig nur Kritik an der Arbeit des Personalrats.

Genau hier will der „Deutsche Personalräte-Preis“ ein Zeichen setzen. Ziel dieses Preises ist es, das Engagement von Personalräten zu würdigen und öffentlich zu machen. Die Zeitschrift „Der Personalrat“ lobt 2012 zum zweiten Mal den „Deutschen Personalräte-Preis“ aus. In unserem Serviceteil auf den Seiten 14 und 15 informiert Sie das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ darüber, wie Sie beim „Deutschen Personalräte-Preis 2012“ mitmachen können. Wir möchten Sie ermutigen, sich mit Ihren Projekten oder Initiativen zu beteiligen. ■

Matthias Schlenzka

Referatsleiter für Beamtenrecht in der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand

# Titel



**Fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund – doch im öffentlichen Dienst ist der Anteil der Zuwanderer deutlich niedriger. In Polizei und Feuerwehr, an Schulen oder in der Verwaltung sind sie immer noch unterrepräsentiert. Das soll sich nun ändern. Die Bundesregierung hat deshalb im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans Integration“ Maßnahmen erarbeitet, um mehr Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen.**

## Gesellschaftliche Brückenfunktion

Der öffentliche Dienst in Deutschland muss aus Sicht der Integrationsbeauftragten des Bundes, Prof. Maria Böhmer, mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln beschäftigen. Man brauche mehr Migranten bei der Polizei, als Lehrer, Erzieher und in der Kommunalverwaltung, sagte die CDU-Politikerin in einem Interview mit dem ARD-„Morgenmagazin“ anlässlich des Integrationsgipfels. „Natürlich hat der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion.“ Die Quote der Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln liegt bei knapp zehn Prozent, der Anteil der Migranten in der Bevölkerung ist jedoch mehr als doppelt so hoch.

Die Gewerkschaften fordern schon seit langem mehr Staatsbedienstete mit Zuwanderungsgeschichte. Für die Gesellschaft seien sie ein Ge-



Foto: istockphoto.com/MichaelDeLeon

## Der öffentliche Dienst so vielfältig wie die Bevölkerung

Auch die Bundesregierung hat inzwischen die wichtige „Brückenfunktion“ von Beschäftigten mit Migrationshintergrund erkannt. Unter dem Titel „Meine Stadt. Mein Land. Meine Aufgabe“ läuft die Kampagne der Bundesregierung, um mehr Personal mit ausländischen Wurzeln für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Menschen mit Migrationshintergrund haben oft gefragte Fähigkeiten: Sie sind häufig mehrsprachig, kennen unterschiedliche kulturelle Hintergründe und können das

# Regierung wirbt um Migranten

## Kampagne will mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln für den öffentlichen Dienst begeistern

winn, meint Dr. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). „Die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung ist nicht nur ein wichtiges Signal für alle Arbeitgeber und die Bürger. Es ist auch eine wichtige Brücke der öffentlichen Verwaltung zu einer Gesellschaft, welche von Einwanderung mindestens in Teilen geprägt ist“, resümiert Schneider.

Die „Brückenfunktion“ macht Schneider am Beispiel der Polizei deutlich: „Aus der Forschung ist bekannt, dass Frauen mit Migrationshintergrund – soweit sie Opfer häuslicher Gewalt werden – sich meist nicht an die Polizei wenden. Das hängt auch mit der Erwartung zusammen, von deutschen Beamtinnen und Beamten nicht vorurteilsfrei behandelt zu werden. Gäbe es in ausreichender Zahl Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund, würde das also auch zur Gewaltbekämpfung beitragen und den Frauen helfen“, argumentiert Schneider.

Verständnis für staatliche Entscheidungen fördern. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass die Verwaltungen von einem größeren Kreis geeigneter Bewerberinnen und Bewerber profitieren. Wegen des Bevölkerungsrückgangs sei es wichtig, alle Potenziale zu nutzen, so die Bundesregierung.

Das Thema Migranten im öffentlichen Dienst war auch Schwerpunkt des fünften Integrationsgipfels, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer Ende Januar mehrere Minister, Länderchefs und Verbandsvertreter ins Kanzleramt eingeladen hatten.

Auf dem Integrationsgipfel wurde ein Aktionsplan zur besseren Eingliederung von Zuwanderern beschlossen. Darin wird laut Böhmer festgeschrieben, dass es eine gezielte Fortbildung für diejenigen geben solle, die im öffentlichen Dienst Personalentscheidungen treffen. Stellenausschreibungen würden weiterentwickelt, Betriebs- und Personalräte geschult. „Und natürlich machen wir auch eine Werbekam-

# Titel

→ pagne, damit die Menschen wissen, sie sind herzlich willkommen im öffentlichen Dienst“, so Böhmer.

## Zuwanderer für öffentlichen Dienst begeistern

Diese Werbekampagne ist aus Sicht der Bundesregierung dringend notwendig, denn in der Praxis sei es gar nicht so einfach, junge Zuwanderer für einen Beruf im öffentlichen Dienst zu begeistern. Es fehlen positive Identifikationsfiguren, auch weil die meisten Migranten noch keine Familienangehörigen im öffentlichen Dienst haben. Bei der Frage, welcher Beruf zu ihnen passt, haben sie in der Regel nur Vorbilder aus der gewerblichen Wirtschaft. Hinzu kommen organisatorische Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung. Die verschiedenen Einstellungsbehörden bei Bund, Ländern und Gemeinden gewinnen ihre Nachwuchskräfte bisher nur in eigener Regie. Es fehlt an einem gebündelten Angebot.

Im Dialogforum „Migranten im Öffentlichen Dienst“ wurden daher konkrete Maßnahmen erarbeitet, wie sich für alle Bewerberinnen und Bewerber gleiche Zugänge auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes herstellen lassen. So soll bei der Suche nach geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern künftig enger mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) zusammengearbeitet werden. Über die Hälfte der Jugendlichen melden sich nach dem Schulabschluss bei der BA, um Arbeit zu suchen. Deshalb wollen die öffentlichen Arbeitgeber stärker die Beratungs- und Vermittlungskompetenz der BA nutzen. Eine weitere Maßnahme ist die Einrichtung von Schülerpraktika in allen Behörden. Damit sollen junge Migrantinnen und Migranten einen Einblick in die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Verwaltung bekommen.

## „Wir sind bund“

Einen wichtigen Schritt, um den Anteil der Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen, sieht die Bundesregierung in einem zentralen Internetangebot für Migrantinnen und Migranten, das alle aktuellen Ausbildungs- und Stellenangebote im öffentlichen Dienst bündelt. Dieses neue Internetportal stellte der Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU), auf dem Integrationsgipfel der Öffentlichkeit vor. „Mit der neuen Internetseite [www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de) wollen wir insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund künftig noch besser erreichen und ihr Interesse für den öffentlichen Dienst in Deutschland wecken“, so Minister Friedrich. Auf der Website werden rund 130 Ausbildungsberufe des Bundes zentral dargestellt und den Jugendlichen, ihren Eltern, den Lehrern, aber auch den Behörden wichtige Informationen rund um die Berufsfelder des öffentlichen Dienstes und die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund angeboten. ■



Aktuelle Ausbildungs- und Stellenangebote für Migrantinnen und Migranten finden Sie im Internet unter [www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de).



– Anzeige –

## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Die Teilnehmer erhalten während des Seminars themenbezogene Unterlagen, beispielsweise einen Ratgeber zur „Beamtenversorgung in Bund und Ländern“, den aktuellen Text des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und einen Folienvortrag zum Beamtenversorgungsrecht“.

**Hotel** Die Seminare finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung (Nähe Hauptbahnhof) statt. Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

### Termine

- Donnerstag 26.04.2012 München
- Mittwoch 27.06.2012 Berlin
- Mittwoch 19.09.2012 Frankfurt am Main
- Dienstag 16.10.2012 Hamburg
- Donnerstag 18.10.2012 Düsseldorf

### Anmeldung

Ja, ich melde mich verbindlich für das Seminar

am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_ an.

### Absender

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Datum

Unterschrift

### Kontaktdaten

INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
Schulstr. 30c  
67125 Dannstadt-Schauernheim

Telefon: 0211 72134571  
Telefax: 0211 72134573  
[infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de)  
[www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)

# Aus den Gewerkschaften



**Hans Böckler  
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Damit Rekommunalisierung Nutzen für alle bringt, muss sie sorgfältig vorbereitet und umgesetzt werden – unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Beschäftigten und Kommunalpolitikern. Weitere Privatisierungsvorhaben, die Haushalte vermeintlich finanziell entlasten, müssen verhindert werden. Das ist das Fazit der Fachtagung „Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Risiken der Rekommunalisierung“. Zu dieser Veranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kamen Anfang des Jahres rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Berlin.

unter schlechteren Arbeitsbedingungen leiden.“

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können aus Sicht des DGB alle Beteiligten von einer Rückführung öffentlicher Aufgaben in die kommunale Hand profitieren. Die Bürgerinnen und Bürger könnten mit bezahlbaren Preisen sowie besserer Servicequalität rechnen. Eine faire und tarifliche Entlohnung der Beschäftigten würde sichergestellt und ihre betriebliche Mitbestimmung gestärkt. Auch für die regionale Wirtschaft hätte die Rekommunalisierung Vorteile. Örtliche Zulieferbetriebe könnten mehr Aufträge erhalten, bessere Einnahmen erzielen und mehr Menschen aus der Region einstellen, argumentiert der DGB. Dies käme nicht zuletzt auch den Kommunen über höhere Steuereinnahmen zugute. Zudem hätten die Kommunen auch wie-

## Zurück zur öffentlichen Hand

### Chancen und Formen der Rekommunalisierung begeistern

Während der Tagung wurde das Bedürfnis deutlich, bestimmte Themenstränge wie etwa Öffentlich-Private Partnerschaft stärker zu vertiefen. Der DGB wird nach eigener Aussage „dranbleiben“.

Bei der Rekommunalisierung seien finanzielle, konzeptionelle und personelle Herausforderungen zu meistern, betonte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki in seinem Eingangsstatement. „Wichtig ist, dass Gewerkschaften und Beschäftigte bei dem Prozess der Rekommunalisierung mit im Boot sind, damit die Belegschaften anschließend nicht

der mehr Einfluss auf öffentliche Dienstleistungen, was sich positiv auf das Gemeinwohl auswirke. Als prägnantes Beispiel gilt die Energieerzeugung. Dezentrale, nachhaltige und klimafreundliche Energieerzeugung verbessert die Umweltbedingungen und erhöht die Attraktivität des Lebensraums. ■



Weitere Informationen zur Tagung mit zahlreichen Thesenpapieren der Referentinnen und Referenten sowie Podcasts verschiedener Redebeiträge finden Sie im Internet unter: [www.dgb.de/-/dZo](http://www.dgb.de/-/dZo)



DGB-Vorstand Claus Matecki

Fotos: DGB/Simone M. Neumann



Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Bund

## Minister Friedrich kündigt Demografiestrategie an

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) hat mit den Gewerkschaften über die Möglichkeit ressortübergreifender Beteiligung gesprochen. In einem Spitzengespräch mit Vertretern von DGB, ver.di und Beamtenbund im Januar regte er an, den Konsultationskreis



Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (l.) im Gespräch mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer (r.) und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske (2.v.r.). Foto: BMI - Hans-Joachim M. Rickel

einzubinden. Das Gremium befasst sich mit der Verwaltungsmodernisierung. Zum nächsten Zusammentreffen soll eine Liste mit Themen erstellt werden, bei denen Dienstherren und Beschäftigtenvertretungen ressortübergreifend handeln müssten. Gegebenenfalls könne aus dem Konsultationskreis heraus eine Arbeitsgruppe gebildet werden, welche Regelungsbedarfe klären soll, sagte Friedrich. Die Gewerkschaften nannten als Themen zum Beispiel Gesundheitsmanagement und Demografie. Friedrich bot überdies an, sich in dem Gremium über eine Demografiestrategie auszutauschen, die sein Ministerium im Frühjahr dem Kabinett vorlegen will. Sie soll angesichts der steigenden Zahl älterer Beschäftigter im öffentlichen Dienst Handlungsoptionen für die Dienstrechts- und Personalpolitik beinhalten. Ziel sei, „die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhalten“ und „die

Leistungsfähigkeit des Personals im öffentlichen Dienst zu sichern“. Thema des Spitzengesprächs war auch das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte. Friedrich machte deutlich, dass er an einem Streikverbot festhält. Er hob die Besonderheiten des deutschen Beamtenrechts hervor, die es zu verteidigen gelte. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Beamtinnen und Beamten ein Streikrecht zusprach, erachtet der Minister nicht als bindend. Die Vorsitzenden von DGB und ver.di, Michael Sommer und Frank Bsirske, betonten, das Streikrecht sei ein Menschenrecht und könne nur ausnahmsweise eingeschränkt werden. Sie erklärten, das Streikrecht sei ein zentrales Element der deutschen Verfassung. Der Ausschluss einer bestimmten Statusgruppe von diesem Recht, ohne diesen an sachliche Merkmale zu knüpfen, sei eine im europäischen Vergleich einzigartige Regelung. ■

## Gewerkschaften verhandeln über Gehaltsplus von 6,5 Prozent

Ein „echtes Gehaltsplus“ wollen die Gewerkschaften in der am 1. März beginnenden Tarifrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen erzielen. Die Erhöhung müsse der täglich erbrachten guten Arbeit gerecht werden und das in den vergangenen Jahren gesunkene Realeinkommen wieder steigern. Die Forderung der Gewerkschaften: Ein Zuwachs von 6,5 Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr Gehalt. Für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wollen sie ein Plus von 7,9 Prozent erreichen. Der DGB kündigte an, in der auf die Tarifverhandlungen folgenden Besoldungsrunde „auf eine entsprechende Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge“ der Beamten und Versorgungsempfänger hinzuwirken. Angesichts wachsender Steuereinnahmen sei es gerechtfertigt, die öffentlichen Beschäf-

tigten am Wachstum teilhaben zu lassen. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut wies darauf hin, dass rückläufige Zahlen geeigneter Bewerbungen bei der Polizei bereits zeigten, „dass der Nachwuchs sich hin zu besseren Perspektiven in der freien Wirtschaft orientiert“. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) kritisierte, die Gehaltsforderungen seien zu hoch. Das Wirtschaftswachstum werde sich 2012 allen Prognosen zufolge „deutlich abkühlen“. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürwortete Lohnerhöhungen deutlich oberhalb der Inflationsrate. Friedrich warnte: „Bei einem zu hohen Lohnabschluss wird der finanzielle Druck noch größer, den laufenden Stellenabbau längerfristig fortzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Forderung nach einem Mindestbetrag von 200 Euro, der die Kosten in den unteren Entgeltgruppen deutlich anhebt.“ Er erwarte „schwierige Verhandlungen.“ Die Gewerkschaften vertreten darin unter dem Motto „Wir sind es wert“ zwei Millionen Tarifbeschäftigte. ■



Der DGB informiert in seinem Internetangebot über die Tarifrunde: [www.dgb.de/-/KJL](http://www.dgb.de/-/KJL)

## Reform verunsichert Bundeswehrosoldaten

Reformen und Einsparungen bei der Bundeswehr trüben die Stimmung der Soldatinnen und Soldaten. Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hellmut Königshaus, beklagt eine tiefgreifende Verunsicherung in weiten Teilen der Truppe und eine schlechte Stimmung. Dies stehe in engem Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Streitkräfte und der damit verbundenen Ungewissheit vieler Soldaten über ihre Zukunft, sagte Königshaus bei der Vorstellung seines Jahresberichts 2011. Mit der im vergangenen Jahr eingeleiteten Bundeswehrreform verringert sich die Truppenstärke von 250.000 auf 175.000 bis 185.000 Soldaten. Die Zahl der Zivilbeschäftigten sinkt von 76.000 auf 55.000. Schwerpunkte legt Königshaus im Bericht auf die mangelnde

# Meldungen

→ Ausbildung und Ausrüstung in Auslandseinsätzen, Defizite bei der Versorgung verwundeter und traumatisierter Soldaten und hinterbliebener Angehöriger. Verwaltungsverfahren seien zu lang und zu viele Stellen eingebunden, wenn Verletzte oder die Familien von Toten ihre Ansprüche geltend machten. Die Bundeswehr habe zu wenige Psychologen und Psychiater, um traumatisierte Soldaten zu behandeln. Große Defizite sieht Königshaus bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familie. Etwa 70 Prozent aller Soldaten pendeln nach seiner Aussage zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort. Es belaste Ehen und Familien, dass sie oft nicht zuhause seien. Die Trennungs- und Scheidungsrate liege bei bis zu 80 Prozent. ■

Post

## Zulage und Einmalzahlung vereinbart

Beamtinnen und Beamte bei der Post erhalten weiter eine Sonderzahlung. Das Unternehmen zahlt die Postzulage bis zum 31. März 2013, zusätzlich bekamen die rund 50.000 Beamten mit den Februarbezügen 2012 eine Einmalzahlung von 230 Euro. Im Gegenzug entfällt das variable Entgelt der Beamten für dieses Jahr. Die Vereinbarung zur Postzulage ist ein Teilergebnis der Tarifverhandlungen zwischen der Deutschen Post AG und ver.di, die im Januar abgeschlossen wurden. Die Postzulage glich bisher die Kürzung der Sonder-



Foto: digitalstock.de/M. Müller

zahlung für Bundesbeamtinnen und -beamte aus. Ihr Weihnachtsgeld wurde ab 2006 von 60 auf 30 Prozent eines Monatsgehalts reduziert. Die Zulage war zunächst bis 2007 befristet und wurde dann bis zum 31. Dezember 2011 weitergezahlt. Inzwischen ist die Kürzung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte aufgehoben worden. ■

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

## Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.



Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98-0  
www.debeka.de

anders als andere

Debeka



# Aus den Ländern



**Feuerwehrleute haben sich am 31. Januar im nordrhein-westfälischen Landtag versammelt, um Landespolitikern die Probleme ihres Berufs zu schildern. Sie machten auf Nachwuchssorgen aufmerksam und forderten eine bessere Honorierung ihrer Leistung. Zu dem ersten Feuerwehrkongress hatten ver.di und die SPD-Landtagsfraktion eingeladen.**

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen schlugen Alarm: sie müssen um freiwillige Mitglieder und Berufseinsteigerinnen und -einsteiger kämpfen. Um mehr junge Menschen für den Beruf zu gewinnen und den erforderlichen Qualifikationen gerecht zu werden, müssen Neulinge besser bezahlt werden. Das machten Gewerkschafter auf der ersten Feuerwehrkonferenz in Nordrhein-Westfalen gegenüber Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Innenminister Ralf Jäger und weiteren SPD-Politikern deutlich. Der Einladung der ver.di-Fachgruppe Feuerwehr und der SPD-Fraktion in den Düsseldorfer Landtag waren am 31. Januar 600 Brandschützer gefolgt. Sie standen stellvertretend für die Anliegen von 90.000 hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitgliedern der Wehren.

## **Zulage wieder ruhegehaltstfähig**

ver.di-Feuerwehrexperte Edgar Stary berichtete von jungen Berufsanwärtern, die Darlehen aufnehmen müssen, um die Anfangszeit finanziell zu überstehen. Nach seiner Darstellung bekommen Neulinge in



Feuerwehrkonferenz am 31. Januar 2012

Foto: ver.di

ten endlich zu nutzen, um den Beamtinnen und Beamten die Zulagen zu zahlen, die ihnen seit langem zustünden. Er kündigte an, die Feuerwehrzulage werde ab 2013 wieder auf das Ruhegehalt angerechnet.

## **„Kommunale Finanzen verbessern“**

Innenminister Ralf Jäger versprach, die Landesregierung versuche zu helfen, „wo immer es geht“. Er wisse, dass zu guter Arbeit gutes Geld gehöre. Das sei „ein Gebot des Anstands“, sagte Jäger. Mit der Missachtung dieses Gebots seien nicht nur finanzielle Einschränkungen für die Betroffenen verbunden. Es verletze das Selbstwertgefühl, „wenn spürbare und nachhaltige Anerkennung von Leistung auf Dauer unter Hinweis auf knappe Kassen versagt bleibt“. Jäger hob daher das Ziel der Landesregierung hervor, die finanzielle Lage der Kommunen

# Einstieg bei Feuerwehr soll sich lohnen

## **Konferenz spricht Probleme in Nordrhein-Westfalen an**

den ersten 18 Monaten ihrer Ausbildung nur jeweils 960 Euro – obwohl sie eine bereits abgeschlossene Ausbildung in einem Handwerk mitbringen müssen. ver.di verlangt, dass Auszubildende bereits das Einstiegsgehalt von knapp 1900 Euro im Monat bekommen. Bundesbeamtensekretär Klaus Weber schloss einen Besoldungseinstieg unterhalb der Gruppe A 7 aus. Er kritisierte, dass auch langjährige Berufserfahrung der Beamtinnen und Beamten bei den Feuerwehren unterbewertet werde. ver.di fordert Gehaltsverbesserungen und Aufstiegschancen für die Beschäftigten. Thomas Stotko, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, wies auf Veränderungen in der Gemeindeordnung und einen Erlass hin, mit dem die Landesregierung dafür gesorgt habe, dass Beförderungen endlich möglich seien. Der Beförderungsstopp in Kommunen, die unter Haushaltsaufsicht stehen, ist aufgehoben. Stotko forderte die Kommunen auf, diese Möglichkei-

zu verbessern. Denn nur so könnten sie ihren Beschäftigten dauerhaft bessere Perspektiven bieten.

ver.di will die Bezahlung bei Gesprächen zur geplanten Dienstrechtsreform zum Thema machen. „Im Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist es notwendig, mit der anstehenden Dienstrechtsreform über eine leistungsgerechte Bezahlung und über eine verbesserte Beförderungsstruktur zu verhandeln“, notiert die Gewerkschaft in einem Informationsschreiben nach der Diskussion im Landtag.

Die Dienstleistungen der Feuerwehr seien in der Daseinsvorsorge für Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar, betonte Klaus Weber. Europaweit sind die Helfer unter der Notrufnummer 112 zu erreichen. Sie gilt in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union ebenso wie in der Schweiz, der Türkei, Liechtenstein, Monaco oder Serbien. Die Europäische Union hat den 11. Februar zum „Tag des Notrufs“ erklärt. ■

# Aus den Ländern

## Baden-Württemberg

### „Fehlstart in der Beamtenpolitik“

Die IG BAU fordert, verstärkt junge Forstwirte in Baden-Württemberg einzustellen und so der Überalterung der Belegschaft vorzubeugen. Personalräte haben dazu eine Resolution an den Ministerpräsidenten verfasst. Die Gewerkschaft erklärt: „Es ist davon auszugehen, dass in wenigen Jahren der Bedarf an Forst-



Foto: istockphoto.com/AndreasWeber

wirten am Arbeitsmarkt gar nicht mehr vorhanden sein wird und dadurch dann nochmals zusätzlich der Personalstand bedrohlich schrumpft.“ Die Beamten- und Personalpolitik der grün-roten Landesregierung bewertet die IG BAU als „klassischen Fehlstart“. Angesichts der „fast historischen Möglichkeit eines Haushalts ohne Nettoneuverschuldung“ hätten die Verantwortlichen ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihrem Personal hintangestellt. In der Koalition wird über einen Sparbeitrag der Beamten von 130 Millionen Euro debattiert. ■

## Bayern

### Arbeit an Finanzämtern fällt weg

Bayern organisiert die Finanzverwaltung um. Die 80 Finanzkassen werden an 19 Standorten gebündelt, wie Finanzminister Markus

Söder (CSU) mitteilt. Bislang gab es an jedem Finanzamt eine eigene Kasse, die den Zahlungsverkehr abwickelte. Söder verspricht sich von der Neuorganisation „verbesserte Arbeitsabläufe und mehr Effektivität“. Mit dem Umbau sei kein Stellenabbau verbunden, betont er. Die 660 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kassen würden auch nicht gegen ihren Willen versetzt. Frei werdendes Personal übernehme andere Aufgaben im jeweiligen Finanzamt. Die Beschäftigten könnten frei entscheiden und sich für andere Bereiche am Arbeitsort bewerben. ■

## Berlin

### Senatorin: Verwaltung braucht kulturelle Vielfalt

Die Berliner Senatorin für Integration wünscht sich konkrete Ziele zur Beschäftigung von Migranten im öffentlichen Dienst. Die Bundeskanzlerin solle sich ein innerhalb eines Jahres messbares Ziel setzen über die Beschäftigtenzahl von Menschen mit ausländischen Wurzeln in den Bundesministerien. „Wir können dann in einem Jahr darüber reden, was hat sich dort getan“, sagte Dilek Kolat (SPD) in einem Radiointerview anlässlich des Integrationsgipfels im Kanzleramt. „In Berlin machen wir das schon“, fügte Kolat hinzu. Es müsse viel getan werden, damit Migranten stärker im öffentlichen Dienst vertreten sind. Berlin habe mit einer Kampagne erreicht, dass ihr Anteil unter den Auszubildenden sich fast verdoppelt habe. Er betrage 19 Prozent. „Für die Verwaltung ist es wichtig, dass man die kulturelle Vielfalt auch abbildet in den Dienstleistungen, aber dass auch Migrantenjugendliche in so einem Staatsdienst Chancen und Perspektiven haben“, sagte Kolat. ■

## Brandenburg

### DGB: Leistungsprämien abschaffen

Die versprochene Weiterentwicklung des Bildungs- und Versorgungsrechts wird laut

DGB mit dem zugehörigen Gesetzentwurf nicht erzielt. „Durch den Gesetzentwurf zieht sich als roter Faden zuvorderst die Spur des Rotstifts“, kritisiert der DGB in einer Stellungnahme. Von einer jährlichen Sonderzahlung sei keine Rede, der Verheiratenzuschlag werde abgeschafft – eine bundesweit einmalige Regelung. Das System der Erfahrungsstufen werde sinnwidrig durch eine „leistungsbezogene Aufstieghemmung“ durchkreuzt. Damit soll geregelt werden, dass Beamte in der bisherigen Grundgehaltsstufe bleiben, wenn ihre Leistungen nicht die Anforderungen erfüllen. Der Aufstieg erfolgt nach bestimmten Zeiten mit dienstlicher Erfahrung und Leistungen, die den Anforderungen entsprechen. Hier vermischt der Entwurf aus Sicht des DGB unzulässig den Aspekt der beruflichen Erfahrung mit der individuellen Leistung. Unklar bleibe, wozu an anderer Stelle weitere Leistungselemente verankert werden sollen: „Die gescheiterten Leistungsprämien und -zulagen sollen erhalten bleiben, obwohl sie im Tarifvertrag abgeschafft sind, auf die Teamarbeit bei der Polizei systematisch nicht passen und in den Schulen gar nicht angewandt werden.“ Der DGB fordert, sie ersatzlos zu streichen. ■

## Bremen

### Personalrat moniert zu wenige Ausbildungsplätze

Bremen will in diesem Jahr 451 Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst anbieten. Die Ausbildungsquote steigt laut Finanzsenatorin auf 8,5 Prozent. Die Quote sei erfreulich, kommentiert der Gesamtpersonalrat (GPR). Sie dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze seit 2010 sinke. In diesem Jahr stünden 50 Stellen weniger als 2010 zur Verfügung. Angesichts des Personalbedarfs sei dieser Abbau falsch. Der Bedarf an Verwaltungsfachangestellten sei in den vergangenen Jahren stets größer als die Zahl der Auszubildenden

# Aus den Ländern

→ – es solle daher deutlich mehr als die vorgesehenen 22 Plätze geben. Mit den „geplanten geringen Einstellungszahlen“ bei der Polizei werde die hohe Belastung der Beschäftigten „für die Zukunft zementiert“. Laut Planung werden 33 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. In der Steuerverwaltung wären laut GPR 77 Ausbildungsplätze nötig, um die durchschnittliche Personalausstattung aller Bundesländer zu erreichen. Nicht einmal die Hälfte ist vorgesehen. Im Justizvollzugsdienst soll, wie schon 2011, nicht ausgebildet werden. Der GPR warnt, dass die Angebote und Aufschlusszeiten für Gefangene nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die Personalknappheit belaste die Beschäftigten zusätzlich, die ohnehin eine anstrengende Arbeit ausübten. ■

Hamburg

## Beamte wollen Verfassungsgericht anrufen

Hamburger Beamte wollen gegen die Kürzung ihres Weihnachtsgeldes klagen. Der DGB strebt eine Klärung vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) an. „Wir wollen wissen, ob die Stadt hier ihrer Verpflichtung nachkommt, ihre Beamtinnen und Beamten angemessen zu bezahlen“, sagte der Vorsitzende des DGB Nord, Uwe Grund. DGB und Senat haben sich darauf verständigt, dass nur für Musterfälle Widersprüche eingelegt und Klagen geführt werden. Das Ergebnis des Rechtsstreits ist dann für alle Beamten und Pensionäre gültig. Zunächst werden Betroffene aus den Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW in sieben Fällen Widerspruch gegen die Besoldungs- bzw. Versorgungsmitteilung vom Dezember einlegen. Das Personalamt wird die Widersprüche voraussichtlich zurückweisen. Die Verfahren kommen dann vor das Verwaltungsgericht und sollen bis vor das BVerfG gehen. Das Weihnachtsgeld betrug ursprünglich 60 Prozent eines Monatsgehalts. Im vergangenen Jahr wurde es auf eine Pauschale

von 1000 Euro festgesetzt, pro Kind kommen 300 Euro dazu. ■

Hessen

## Professorenbesoldung ist verfassungswidrig

Hessen muss die Besoldung von Professorinnen und Professoren neu regeln. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die 2002 eingeführte W-Besoldung für verfassungswidrig erklärt. Die Bezahlung der Professoren in der Gehaltsgruppe W2 sei „evident unzureichend“, urteilten die Karlsruher Richter. Hessen muss bis 2013 eine Neuregelung treffen.

gehalt von 3890,03 Euro eingestellt worden. Dazu kamen Leistungsbezüge von 23,72 Euro. Das W2-Grundgehalt habe unter dem eines jungen Studiendirektors gelegen, stellte das BVerfG fest. Das sei nicht amtsangemessen. Gemäß den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums müssen Beamte nach Qualifikation, Verantwortung und Ansehen bezahlt werden. „Entscheidet sich der Gesetzgeber für eine Stärkung des Leistungsprinzips, so darf dies jedoch nicht auf Kosten des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der angemessenen Bezahlung der Professorinnen und Professoren insgesamt erfolgen“, betonte Sehrbrock. Der Dienstherr solle den „ver-



Foto: David Klein, München

Mit der Umstellung des Besoldungssystems hatten sich die Grundgehälter neu eingestellter Professoren im Vergleich zur früheren C-Besoldung um 25 Prozent reduziert. Die Richter sahen darin die Grundsätze des Berufsbeamtentums verletzt. Die neu geschaffenen, frei verhandelbaren leistungsbezogenen Zusatzbezüge gleichen nach Auffassung der Richter die Absenkung nicht aus. Diese Elemente seien nicht gesetzlich garantiert und nicht einklagbar, bemängelten sie. Die Absenkung des Grundbetrages „mit dem vagen Versprechen auf leistungsabhängige Besoldungsbestandteile ist ein verkapptes Sparprogramm“, kritisierte GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad. Der Kläger, ein Chemieprofessor aus Marburg, war 2005 mit einem Grund-

fassungswidrigen Zustand“ schnellstmöglich beseitigen. Das Urteil betrifft nur die W-Besoldung in Hessen. Allerdings hat es wegen der im Wesentlichen gleichen Ausgestaltung der Professorenbesoldung auch Auswirkungen auf den Bund und andere Bundesländer. Aktenzeichen 2 BvL 4/10 ■

Niedersachsen

## Mehr Migranten bewerben sich bei Polizei

Die niedersächsische Polizei beschäftigt 570 Migranten, davon 380 im Polizeivollzug. Das hat Innenminister Uwe Schönemann (CDU) bei der Vereidigung angehender Kommissarinnen und Kommissare verkündet. Unter den

# Aus den Ländern

→ 603 Bachelor-Studenten sind 71 Frauen und Männer mit ausländischen Wurzeln. Der Bewerberanteil sei auf 15 Prozent gestiegen. Nachwuchsgewinnung sei ein zentrales Zukunftsthema für das „Unternehmen Polizei“, sagte der Minister. Er geht davon aus, dass sich der Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Köpfe des Landes verschärfen wird und die hohe Zahl an Pensionierungen der nächsten Jahre den Bedarf noch erhöht. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### Ausgaben für Personal steigen

Die Landesregierung rechnet in diesem und im kommenden Jahr mit steigenden Personalkosten in Mecklenburg-Vorpommern. Das Finanzministerium führt das auf die Tarifentwicklung und die Schaffung zusätzlicher Stellen an Berufsschulen zurück. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2012/13 ist für 2012 ein Anstieg der Ausgaben um 68 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr auf 1,77 Milliarden Euro eingeplant. Für 2013 steht dort nach Angaben des Ministeriums ein Betrag von 1,81 Milliarden Euro. Die Quote der Personalausgaben betrage in diesem Jahr 24,6 und im kommenden 25,3 Prozent. Der Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge koste das Land jährlich 3,1 Millionen Euro mehr. Auch für die Zuweisungen an die Kommunen gibt das Land mehr Geld aus. Wegen höherer Steuereinnahmen des Landes können sie beim kommunalen Finanzausgleich mit rund 33 Millionen Euro mehr als im Jahr 2011 rechnen. Das Land rechnet damit, in diesem Jahr 92 Millionen Euro mehr Steuern einzunehmen. ■

## Nordrhein-Westfalen

### Beamte sollen weiter 41 Stunden arbeiten

An der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 41 Stunden soll sich in

Nordrhein-Westfalen nichts ändern. Die Landesregierung beabsichtigt außerdem, mindestens noch für dieses Jahr die Kürzung des Weihnachtsgeldes beizubehalten. Das geht aus dem Entwurf des Personalhaushalts 2012 hervor. Bei einer Anhörung hierzu lehnte der DGB beide Vorhaben ab. Die Arbeitszeiterhöhung im Jahr 2004 sei „bewusst befristet gewesen, um eine Haushaltsnotlage in den Griff bekommen zu können“, erläuterte die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Graf. „Die erneute Verlängerung dieser Arbeitszeitregelung ist beschäftigungspolitisch falsch und sachlich unbegründet.“ Die Kürzung des Weihnachtsgeldes solle rückgängig gemacht werden. Übereinstimmung mit der Landesregierung herrsche darin, dass Personalabbau kein Weg sein könne, um den Landshaushalt weiter zu konsolidieren. „Damit das Land seine Aufgaben optimal erfüllen kann, wäre ganz im Gegenteil sogar mehr Personal notwendig“, unterstrich Graf. Voraussetzung, um qualifizierte Bewerber zu gewinnen, seien gute Arbeitsbedingungen mit leistungsgerechter Bezahlung. ■

## Rheinland-Pfalz

### Studie belegt zunehmende Gewalt gegen Polizei

Polizistinnen und Polizisten werden im Dienst immer öfter angegriffen. Eine Studie belegt „eine Zunahme der Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte“, berichtete der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD). Die GdP hatte die Studie des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen initiiert. Zudem erstellt die Polizei seit 2010 ein eigenes Lagebild. Lewentz zufolge stieg die Zahl der Angriffe auf Polizisten von 2010 auf 2011 um 120 auf 1.115 Fälle. Am häufigsten treffe es Streifenbeamte. 1.944 Polizisten wurden verletzt. Gewalt gegen die Polizei müsse öffentlich von der Gesellschaft geächtet werden, forderte er. Die Polizei arbeite bereits daran, Angriffe zu verhindern und die



Foto: digitalstock.de/M. Krüttgen

Folgen einzugrenzen. Dazu gehören Schutzausrüstung, Abwehrtrainings, aber auch eine bessere Sachbearbeitung, um Täter strafrechtlich verfolgen zu können. Die GdP dankte dem Ministerium für die Unterstützung. Es habe vorbildliche Arbeit zum Schutz der Polizisten geleistet. ■

## Saarland

### Politik soll sich zur Zukunft der Landesverwaltung erklären

ver.di fordert die Parteien im Saarland auf, sich vor der Landtagswahl im März zur Zukunft der Landesverwaltung zu äußern. „Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Schuldenbremse wollen wir von den Parteien wissen, wie die Aufgaben der Landesverwaltung mit immer weniger Personal zukunftsorientiert erledigt werden sollen“, teilte Landesbezirksleiter Alfred Staudt mit. Die Schuldenbremse verpflichtet die Länder, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Das Saarland muss sparen, Vorschläge zum Stellenabbau im öffentlichen Dienst kursieren. Der ver.di-Landesfachbereichsleiter Landesverwaltung, Michael Blug, erinnerte daran, dass die Gewerkschaft sehr häufig Kritik an der Schuldenbremse und Alternativen vorgetragen habe. „Die Schuldenbremse wird ohne Erhöhung der Einnahmen die Zukunft des Saarlandes nicht sichern“, sagte er. ■

# Aus den Ländern

→ Sachsen

## Aufstieg soll vom Alter unabhängig erfolgen

Der Gesetzentwurf zur Dienstrechtsreform soll noch in diesem Quartal dem sächsischen Landeskabinett vorgelegt werden. Das hat das Finanzministerium in einem Gespräch mit dem DGB bekannt gegeben. Im März 2013 könnte der Landtag das Gesetz verabschieden. Eine der wesentlichen Änderungen betrifft den Aufstieg beim Grundgehalt. Der Stufenaufstieg soll unabhängig vom Alter erfolgen und sich an der geleisteten Dienstzeit und der erbrachten Leistung orientieren. Es soll Zuschläge geben zur Förderung der Mobilität und zur Personalgewinnung. Geplant ist außerdem ein Altersgeld, sodass Versorgungsansprüche beim Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis bestehen bleiben. ■

Sachsen-Anhalt

## GEW: Personalkonzept wirkt ruinös

Die GEW Sachsen-Anhalt warnt vor einer Personalplanung der Landesregierung mit „zerstörerischen Auswirkungen“. Die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts 2011 hätte zur Folge, dass bis zum Schuljahr 2019/20 an den Schulen mindestens 4.000 Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter fehlen würden, stellt der GEW-Landeshauptausschuss fest. „Dies wird zu einer Reduzierung des gegenwärtigen schulischen Angebots um circa 20 Prozent führen.“ Die 17.000 Lehrerinnen und Lehrer, die derzeit unterrichten, würden bei stabilen Schülerzahlen benötigt, um den Unterricht zu garantieren, erörtert der GEW-Landesvorsitzende dem Finanzminister in einem Brief. Spätestens ab 2014 müssten alle Lehrer, die aus dem Dienst ausscheiden, durch Neueinstellungen ersetzt werden. Die im Personalentwicklungskonzept vorgesehenen jährlichen Zugänge reichten dafür jedoch nicht einmal ansatzweise aus, schreibt Thomas Lippmann. Von 2014 bis 2019 sollen Lipp-

mann zufolge 1.400 Lehrer eingestellt werden – 4.000 scheiden dagegen aus. Der Landeshauptausschuss appelliert an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen, „diese Entwicklung nicht weiterlaufen zu lassen“. Lippmann: „Sie ist für das Schulsystem und die Beschäftigten des Landes ruinös.“ Minister Jens Bullerjahn (SPD) entgegnete auf Lippmanns Schreiben, Sachsen-Anhalt habe „eine im Ländervergleich überaus günstige Personalausstattung im Schulbereich“. Bei den Parametern Schüler-Lehrer-Relation und Klassengröße nehme es „einen vorderen Platz ein, den es auch nach dem Stellenabbau halten wird“. ■

Schleswig-Holstein

## Nordländer sollen Zusammenarbeit ausbauen

Die norddeutschen Bundesländer müssen noch deutlich mehr zusammenarbeiten. In dieser Empfehlung sieht die Enquetekommission „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation“ des schleswig-holsteinischen Landtags „ein deutliches Sparpotenzial“. Die Kommission schlägt vor, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren bzw. zu systematisieren. Hierzu gebe es in der Kommission unterschiedliche Vorstellungen, sagte die stellvertretende Vorsitzende Dr. Gitta Trauernicht (SPD). Sie reichen von einer „Parlamentarierkonferenz Nord“ bis hin zu einer Länderfusion zu einem „Nordstaat“. Die Landesregierungen müssten verbindliche Richtlinien erstellen, um beispielsweise eine bessere und koordiniertere Landesplanung zu erreichen, schlug Trauernicht vor. Es sei sinnvoll, bei der geplanten Kommunalisierung der Regionalplanung in Schleswig-Holstein über die Landesgrenzen hinaus zu denken. Die Kooperation oder Arbeitsteilung in der Verwaltung, Dienstleistung, Informationstechnologie und beim E-Government solle ausgebaut werden. Die Kommission, die 2010 ihre Arbeit aufgenommen hatte, legte jetzt ihren Abschlussbericht vor. Sie sollte

die Ergebnisse norddeutscher Kooperationen auswerten und Vorschläge für eine künftige Zusammenarbeit machen. ■

Thüringen

## Kritik an teurerer Beihilfe

Beamtinnen und Beamte sollen künftig bei jedem Arztbesuch und jeder medizinischen Behandlung zuzahlen. Für Arztbesuche, Medikamente, Fahrtkosten, Physiotherapie oder häusliche Pflege werden laut Entwurf einer neuen Vorschrift je vier Euro von der Beihil-



Foto: digitalstock.de/B. Reitz-Hofmann

fe einbehalten. Der DGB kritisiert die Neuregelung, weil sich die Kosten für die Beihilfe erhöhen würden. „Bei drei Arztbesuchen im Quartal ist dann künftig schon mehr Eigenbehalt zu zahlen als die heutige Praxisgebühr“, rechnet die GdP vor. Die Gebühr, die auf 30 Euro im Quartal begrenzt war, soll nicht mehr erhoben werden. ■



Preisausschreibung speziell

## Deutscher Personalräte-Preis 2012

Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden“ lobt die Zeitschrift „Der Personalrat“ in diesem Jahr wieder den „Deutschen Personalräte-Preis“ aus. Personalräte können sich noch bis zum 31. Mai 2012 mit interessanten und innovativen Projekten bewerben. In diesem Service informieren wir über die Hintergründe des Preisausschreibens, die Anmeldebedingungen und das Auswahlverfahren.

### Engagement würdigen

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ wird zum zweiten Mal von der Zeitschrift „Der Personalrat“ ausgelobt. Partner und Förderer des Preises sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die HUK-COBURG, eine der größten Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst. Mit dem Preis soll die Arbeit von Personalräten gewürdigt und eine bessere öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen werden.

Vorrangig stehen die offizielle Ehrung der Preisträger, die Präsentation der nominierten Projekte sowie die Würdigung aller eingereichten Projekte im Vordergrund. Daher ist der „Deutsche Personalräte-Preis“ als hochrangige Auszeichnung bewusst nicht mit einem Geldpreis dotiert. Der Preis wird in den drei Kategorien „Gold“, „Silber“ und „Bronze“ vergeben. Zusätzlich lobt die HUK-COBURG einen Son-

derpreis aus. Die Preisverleihung findet im Rahmen der beamtenpolitischen Jahrestagung des DGB am 28. und 29. November 2012 in Berlin statt.

### Jetzt bewerben!

Ausgezeichnet werden Initiativen und Projekte aus den Jahren 2009 bis 2012, die die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die Verhinderung nachteiliger Regelungen für Beschäftigte oder den Erhalt vollwertiger Arbeitsplätze zum Ziel haben. Die Projekte können sowohl von einzelnen Personalratsmitgliedern als auch von Personalvertretungsorganen bis hin zu dienststellenübergreifenden Personalratskooperationen durchgeführt worden sein.

Um an der Preisausschreibung teilzunehmen, ist ein Teilnahmebogen auszufüllen (online oder handschriftlich) und spätestens bis zum 31. Mai 2012 einzusenden. Es können auch mehrerer Projekte eingereicht werden. Die eingereichten Materialien, inklusive einer Kurzdarstellung auf ein bis zwei Seiten sowie einer ausführlichen Beschreibung des Konzepts auf maximal zwei Seiten, sollen ein vollständiges Bild des Projektes vermitteln und dessen besondere Qualitäten und Eigenschaften aufzeigen.



DGB

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



# Service

## → Die Entscheidung durch eine Jury

Die Auswahlentscheidung für den „Deutschen Personalräte-Preis 2012“ wird durch eine fachlich versierte Jury getroffen. Sie wird aus allen eingereichten Bewerbungen bis zu 12 Projekte für den Deutschen-Personalräte-Preis 2012 nominieren und eine Rangfolge festlegen. Die Entscheidungen der Jury werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ■

Die Jurymitglieder des „Deutschen Personalräte-Preis 2012“ sind:



**Karsten Arendt**  
Personalrat  
Kreis Offenbach



**Michael Kröll**  
Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift  
»Der Personalrat«



**Prof. Dr. Ulrich Battis**  
Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin



**Achim Meerkamp**  
Bundesfachbereichsleiter, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands



**Frank Braun**  
Bevollmächtigter öffentlicher Dienst  
HUK-COBURG



**Jörg Radek**  
Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei



**Angelika Neubäcker**  
Vorsitzende der GEW Bayern



**Ilse Schaad**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft-Hauptvorstand, geschäftsführender Vorstand im Bereich Angestellten- und Beamtenpolitik



**Sven Hüber**  
Hauptpersonalrat der Bundespolizei beim Bundesministerium des Innern



**Ingrid Sehrbrock**  
Stell. Vorsitzende des DGB, verantwortlich für die Bereiche Bildung und Forschung, Jugend, Frauen und den öffentlichen Dienst

 Weitere Informationen und einen Anmeldebogen erhalten Sie im Internet unter: [www.DPRP.de](http://www.DPRP.de)

Der **Personalrat**  
PersonalRecht im öffentlichen Dienst



 **HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 80.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

## Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
[MBoeD@nuernberger.de](mailto:MBoeD@nuernberger.de)

**INFO-SERVICE** INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte Mannheimer Straße 80  
68804 Altlußheim



## Wahlen entscheiden



Der Personalabbau in der Bundesverwaltung hat tiefe Spuren hinterlassen. Viele Beschäftigte fühlen sich überfordert und klagen über ge-

sundheitliche Beeinträchtigungen. Im Mittelpunkt der Belastungen steht ein immer höherer Leistungsdruck, der zu psychischen Störungen in bisher unbekannter Größenordnung in unserer Gesellschaft führt. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der demografischen Entwicklung durch eine fehlgesteuerte Personalpolitik ist die Frage gerechtfertigt, wie die Beschäftigten in dieser Situation angemessen vertreten werden können.

Dass sich das BMI das Gesundheitsmanagement auf die Fahne geschrieben hat, ist zu begrüßen, bedarf aber konsequenter und betrieblicher Umsetzung, woran es derzeit noch entscheidend mangelt. Aus gewerkschaftlicher Sicht reicht dieser Ansatz auch nicht aus. Wir fordern, in Ausbildung zu investieren und die Ausgebildeten zu übernehmen. Eine qualitative Personalentwicklung hört danach nicht auf, sondern setzt hierauf auf.

Dies einzufordern und Vorschläge zu entwickeln und die Dienststellen auf diesem Weg zu begleiten, ist vorrangige Aufgabe der Personalvertretungen. Sie sind die Motoren für die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen und für Initiativen Arbeitsstress zu vermeiden also für Gute Arbeit. Den in den kommenden Wochen stattfindenden Personalratswahlen kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Durchsetzungsfähige Personalräte brauchen starke Belegschaften. Eine hohe Wahlbeteiligung wäre hierfür der beste Beleg. ■

Achim Meerkamp,  
Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes

## Klartext reden – Zukunft gestalten!



Vom 8. bis zum 10. Mai finden im Bereich der Bundespolizei Personalratswahlen statt. Der ehemalige Bundesgrenzschutz hat sich zur Bundespoli-

zei entwickelt. Diesen Prozess hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgelöst und maßgeblich beeinflusst. Aufgaben, Personalentwicklung, Laufbahn- und Besoldungsstrukturen – es waren Impulse aus der GdP, die eine Anpassung an die Polizeien der Länder auslösten. Das im Jahr 2001 durch die GdP mit der damaligen Bundesregierung verhandelte Attraktivitätsprogramm hat die Stellensituation in der Bundespolizei ganz deutlich verbessert. Dieses Programm hat mehr als 25.000 Beförderungen – davon überwiegend im mittleren Dienst – ausgelöst. Doch es gibt Nachholbedarf. Im strukturellen Vergleich mit den Länderpolizeien hat die Bundespolizei derzeit den geringsten Anteil im gehobenen Dienst und einen zunehmenden Anteil lebensälterer und perspektivloser PolizeiobermeisterInnen. Auch im gehobenen Dienst bestehen Entwicklungsprobleme. Gleiches gilt seit jeher für die Polizeiverwaltung des Bundes. Ohne konkrete Gegenmaßnahmen wird es absehbar zu einem personellen Ausbluten der Verwaltung kommen. In der Summe ein Schwächung der Inneren Sicherheit.

Die konservative Innenpolitik hat eine „Reformpolizei“ geschaffen. So gibt es mehr Dienstposten als Personal, familienunfreundliche Arbeitsrhythmen und überdurchschnittliche psychische Belastungen bei den Mitarbeitern. Nur die Gewerkschaft der Polizei hat gemeinsam mit den Beschäftigten die Kraft zur sozialen Balance in der Dienststelle. ■

Jörg Radek,  
Stellvertretender GdP-Vorsitzender

## Gestalten – bewegen



Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hat ihre Kampagne für die Personalratswahlen 2012 unter ein einfaches Motto gestellt: „gestalten –

bewegen“. Wir erheben damit den Anspruch, nachhaltig zu handeln, also in die Zukunft gerichtet. Wir erheben damit auch den Anspruch, die Entwicklung selbst zu beeinflussen – und nicht das Ruder anderen zu überlassen.

Und zu gestalten und zu bewegen gibt es einiges. So hat der öffentliche Dienst seit Jahren einen massiven Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu verkraften. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet das immer höhere Anforderungen und Belastungen. Auch wir merken das in unserem Organisationsgebiet. Damit ist eine der wesentlichen Aufgaben für die nächsten vier Jahre aufgezeigt: Wir müssen dagegen kämpfen, dass diese phantasievolle Politik fortgesetzt wird.

Aber wir müssen und wollen auch wieder Positives erreichen. Beamtinnen und Beamte müssen ein Arbeitsumfeld haben, das Leistung fördert und nicht behindert. Sie müssen angemessen und fair bezahlt werden und faire Karrierechancen haben. Und sie müssen die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen.

Die Personalräte sind dabei ein wichtiges Element. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich diesen Erwartungen. Sie wollen gestalten, bewegen - und Verantwortung tragen.

Aber wirklich stark wird der Personalrat nur durch die Menschen, die hinter ihm stehen. Darum brauchen wir eine hohe Wahlbeteiligung und das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für und in die Kandidatinnen und Kandidaten der EVG. ■

Martin Burkert,  
Vorstandsmitglied der EVG



# Wahlaufruf

## Gute Arbeit kannst Du wählen!

In diesem Jahr wird im Öffentlichen Dienst gewählt: Ab 1. März finden auf Bundesebene sowie in den Bundesländern Bremen, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Personalratswahlen statt. Die exakten Termine variieren je nach Dienststelle und sind von Mitgliedsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes vor Ort zu erfahren. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind daher aufgefordert:

Eine positive Entwicklung im öffentlichen Dienst und Schutz der Beschäftigteninteressen bedarf starker Personalräte! ■

Nehmen Sie ihr Wahlrecht wahr und unterstützen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Mitgliedsgewerkschaften des DGB! Nur so sichern Sie sich ein Beteiligungs- und Mitbestimmungsrecht bei wesentlichen Fragen wie Arbeitszeit, Gesundheitsschutz und Leistungsentgelt.



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
per Telefon: 0211 7300335  
per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
Ratiborweg 1  
40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

# Vermischtes

## Veranstaltung

### DGB bilanziert Schuldenbremse in Hessen

Ein Jahr nach Einführung der Schuldenbremse in Hessen will der DGB die künftige Ausrichtung der Haushaltspolitik des Landes diskutieren. Wie wurde die Schuldenbremse in Hessen umgesetzt und welche weiteren Einschnitte ergeben sich möglicherweise daraus für die Kommunen? Dies sind einige der aufgeworfenen Fragen, die im prominent besetzten Plenum erörtert werden. Zu der Veranstaltung werden unter anderem der Hessische Finanzminister Thomas Schäfer, der Direktor des Düsseldorfer Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Gustav Horn, der Vorsitzende des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, sowie Vertreter aus allen Landtagsfraktionen im Frankfurter Gewerkschaftshaus erwartet.

Anlass für die Veranstaltung ist der Jahrestag der Volksabstimmung über die Schuldenbremse am 27. März 2012. In einer Volksabstimmung hatte sich 2011 eine Mehrheit dafür ausgesprochen, die Hessische Landesverfassung zu ändern und eine Schuldenbremse festzusetzen.

Die Veranstaltung findet am 27. März 2012 um 19 Uhr im Frankfurter Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Strasse 69-77) statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. ■

## Web-Tipp

### Informationen rund um die Krankenversicherung

Beschäftigte, die neu in ein Beamtenverhältnis berufen werden, haben in Hinblick auf die Absicherung der Risiken im Krankheits- und Pflegefall wichtige Entscheidungen zu treffen, an die sie langfristig, oft sogar lebenslang ge-

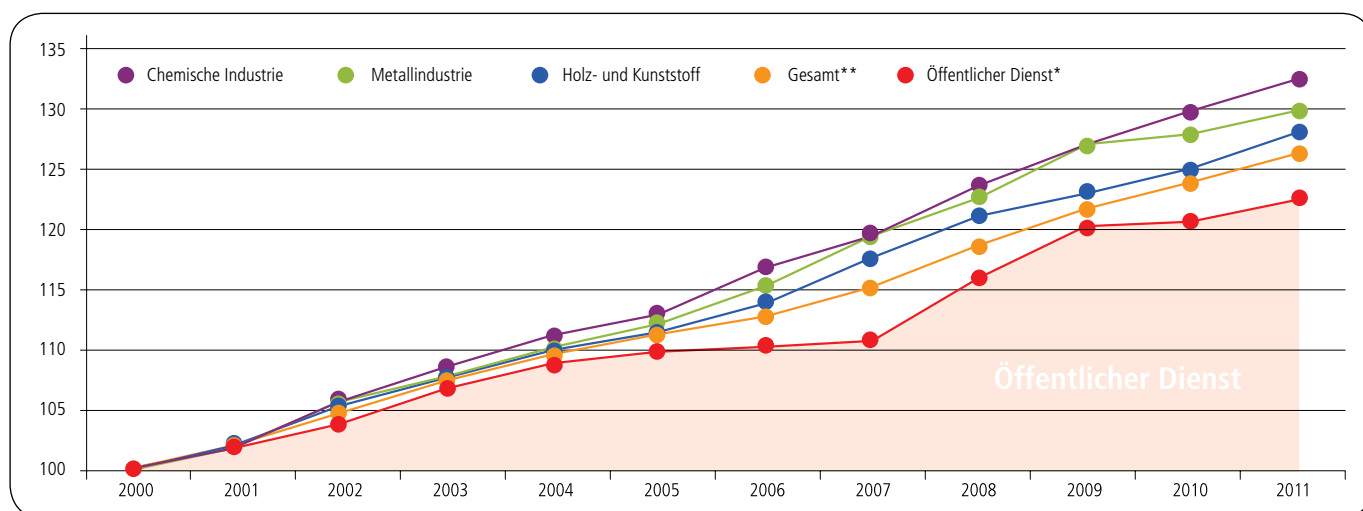
bunden sind. Daher hat das Bundesministerium des Innern Ende 2011 ein Rundschreiben veröffentlicht (D 6 – 213 100 – 1/14), in dem die wichtigsten Punkte im Zusammenhang mit der Wahl der Krankenversicherung erläutert werden. Das Rundschreiben behandelt Fragen zur Beihilfe sowie zur Gesetzlichen- und Privaten Krankenversicherung.



Unter [www.dienstleistungszentrum.de](http://www.dienstleistungszentrum.de) (weiter im Menü: Dienstleistungen ► Beihilfe ► Aktuelles) ist das Rundschreiben abrufbar.

## Zahlen, Daten, Fakten

### Entwicklung der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst im Vergleich mit verschiedenen Branchen von 2000 bis 2011



Bei der Tarifierhöhung hinkte der öffentliche Dienst in den letzten 10 Jahren hinter vielen Branchen hinterher. Die Steigerungen der Verbraucherpreise wirken sich jedoch branchenübergreifend auf alle Menschen aus. Bei Nahrungsmitteln betrug der Preisanstieg im Vergleich zu September 2010 2,5 Prozent. Wesentlich drastischer ist der Preisanstieg bei Energie ausgefallen. Hier betrug er 11,2 Prozent. Für 2011 rechnete das Statistische Bundesamt mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,3 Prozent. In der Tarifrunde 2012 sehen die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst daher einen Nachholbedarf.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Sept. 2011 \* vorläufig \*\* ab 2005 nur Bund, Gemeinden

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0 180 3 - 00 57 57\*.



\*9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angefangene Minute.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

– Anzeige –

## „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“ für nur 19,50 Euro (inkl. Versand)



&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das Beamten-Magazin im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- 10 x jährlich das Beamten-Magazin
- 1 x jährlich (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Noch schneller geht es online unter:  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte



# Krankenversicherung

## Beamte versichern sich privat

**Günstige Tarife – auch  
für Beamtenanwärter –  
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

### **Das beste Rezept:**

- besonders günstige Beiträge (z. B. nur 149,27 € im Monat\*)
- attraktive Beitragsrückerstattungen

\* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

**Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de)**

Wir kooperieren:

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2012**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig